

MORNING NEWS

15. Dezember 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG
DAX	24.186,49	-108,12	-0,45	24.294,61	DJ 30	48.458,05	-245,96	-0,51	48.704,01
MDAX	29.959,19	39,11	0,13	29.920,08	NASDAQ	25.196,73	-489,95	-1,91	25.686,68
TEC DAX	3.569,39	21,58	0,61	3.547,81	Nikkei 225	50.151,81	-684,74	-1,35	50.836,55
Euro Stoxx50	5.720,71	-33,25	-0,58	5.753,96	Hang Seng	25.691,89	-284,90	-1,10	25.976,79
Bund Future	127,49	0,06	0,05	127,43	Euro / US-\$	1,1734	-0,00	-0,05	1,1740
Gold in US-\$	4.341,96	42,33	0,98	4.299,63	Öl (Brent) US-\$	61,45	0,33	0,54	61,12
Bitcoin / US-\$	89.546,59	1.082,21	1,22	88.464,38	Ethereum / US-\$	3.119,07	36,81	1,19	3.082,27

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.305	+119
NASDAQ Future	25.277,00	+63,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG € %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	208,66	0,46	0,00	208,20	244,83
Nokia OJ	5,34	0,08	0,02	5,26	6,27

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Großhandelspreise (m/m)	November	08:00	n/a (0,3%)
D	Großhandelspreise (y/y)	November	08:00	n/a (1,1%)
EWU	Wirtschaftsumfrage Euro-Zone	Dezember	08:30	n/a
D	Wirtschaftsumfrage Deutschland	Dezember	08:35	n/a
EWU	Industrieproduktion (m/m), sb	Oktober	11:00	0,8% (0,2%)
EWU	Industrieproduktion (y/y), WDA	Oktober	11:00	1,9% (1,2%)
USA	Empire State Index	Dezember	14:30	10,0 (18,7)
USA	NAHB Wohnungsmarkt-Index	Dezember	16:00	39 (38)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,30 (1,31)	10-jährige Bonds	-0,375	4,18%
Volumen NASDAQ	8,68 (8,32)	30-jährige Bonds	-0,969	4,85%

(-)Vortag

Belastet von **Sorgen vor einer KI-Blase** und **steigenden Anleiherenditen** haben die US-Börsen am Freitag nachgegeben. Anleger zogen sich aus Technologiewerten zurück, nachdem die Unternehmen Broadcom und Oracle Sorgen über die Profitabilität von Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) geschürt hatten. Für zusätzlichen Druck sorgten steigende Renditen von US-Staatsanleihen. Der Index der Standardwerte Dow Jones verlor 0,5 Prozent auf

48.458 Punkte. Der technologielastige Nasdaq gab 1,7 Prozent auf 23.195 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte 1,1 Prozent auf 6.827,41 Stellen ein.

Die Aktien des Chipsterellers **Broadcom** brachen um knapp zwölf Prozent ein, nachdem das Unternehmen vor künftig schmaleren Margen gewarnt hatte. Bereits am Donnerstag waren die Papiere von **Oracle** nach einer schwachen Geschäftsprognose um fast elf Prozent gefallen. Die Talfahrt setzte sich am Freitag mit einem Minus von 4,5 Prozent fort, obwohl der Softwarekonzern einen Medienbericht über angebliche Verzögerungen bei Rechenzentren für den ChatGPT-Entwickler OpenAI zurückwies. Auch andere Werte aus dem Chip-Sektor gerieten unter Druck. Der **Philadelphia-Halbleiterindex** fiel deutlich. Neben Broadcom belastete auch der Kursverlust des KI-Schwerpunkts **Nvidia** von über drei Prozent den Gesamtmarkt.

"Es ist nicht überraschend, dass der Markt heute nach ein paar ziemlich soliden Wochen nachgibt", sagte Anthony Saglimbene, Chef-Anlagestrategie bei Ameriprise. Der S&P 500 und der Dow Jones hatten am Donnerstag noch Rekordhöhe erreicht. Angesichts der Verunsicherung beim KI-Thema würden sich Anleger nun defensiveren Sektoren zuwenden. Zudem blickten die Investoren auf wichtige Konjunkturdaten in der kommenden Woche. "Der Markt ist vor diesen wichtigen Zahlen wahrscheinlich etwas vorsichtig", sagte der Strategie.

In der nächsten Woche stehen die Veröffentlichung des monatlichen Arbeitsmarktberichts sowie Daten zur Verbraucherinflation und zu den Einzelhandelsumsätze an. Diese könnten tiefere Einblicke in den Zustand der US-Wirtschaft geben. Der Regierungsstillstand im Oktober, bei dem wegen eines Haushaltsstreits zahlreiche US-Behörden ihre Arbeit vorübergehend einstellen mussten, hatte zu Ausfällen bei offiziellen Wirtschaftsdaten für Anleger und Geldpolitik geführt.

Gegen den Trend legten die Aktien des Sportmodeherstellers **Lululemon Athletica** um fast zehn Prozent kräftig zu. Das Unternehmen hatte seine Jahresprognose angehoben und den Abschied von Vorstandschef Calvin McDonald bekanntgegeben. Ein Medienbericht über eine mögliche Gesetzeslockerung in den USA beflogelte die Aktien der Cannabis-Anbieter. Die Papiere des New Yorker Unternehmens **Tilray Brands** legten um über 40 Prozent zu. Die US-notierten Aktien der kanadischen Rivalen **Canopy Growth** und **SNNDL** schossen um rund 43 und 25 Prozent nach oben. Die US-Zeitung "Washington Post" berichtete, US-Präsident Donald Trump wolle Marihuana von der Liste der gefährlichsten Drogen der Kategorie I in die Kategorie III herabstufen lassen. Aus dem Weißen Haus hieß es jedoch, es seien noch keine endgültigen Entscheidungen über die Neueinstufung getroffen worden.

US Unternehmen

Der US-Chipstersteller **Nvidia** will Insidern zufolge wegen der **starken Nachfrage aus China** die **Produktion seiner KI-Chips vom Typ H200** erhöhen. Wie zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen erklärten, hat das Unternehmen seinen chinesischen Kunden mitgeteilt, **zusätzliche Produktionskapazitäten** für seine leistungsstarken H200-KI-Chips prüfen zu wollen, nachdem die Bestellungen das derzeitige Produktionsniveau überstiegen. US-Präsident Donald Trump hatte am Dienstag erklärt, die US-Regierung werde den Export der Prozessoren nach China gegen eine Gebühr von 25 Prozent erlauben. "Wir verwalteten unsere Lieferkette, um sicherzustellen, dass lizenzierte Verkäufe des H200 an autorisierte Kunden in China keine Auswirkungen darauf haben, unsere Kunden in den Vereinigten Staaten zu beliefern", sagte ein Nvidia-Sprecher in einer Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Lieferung der ersten von zwei neuen **Air Force One-Maschinen** von **Boeing** wird sich der US-Luftwaffe zufolge um ein weiteres Jahr verschieben. Wie die amerikanische Luftwaffe am Freitag (Ortszeit) mitteilte, soll das erste umgebaute Flugzeug nun erst Mitte 2028 ausgeliefert werden (Reuters).

Marktmeldungen

Die **geplante Reform des Bürgergeldes** soll nach den Worten von Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU) am Mittwoch vom schwarz-roten Kabinett beschlossen werden. Zur Umsetzung komme die Reform wohl zur Jahresmitte 2026, sagte

er der "Bild am Sonntag". "Das hat praktische Gründe, denn mit all den Veränderungen, die wir vornehmen werden, sind Umstellungsprozesse verbunden, die man bewerkstelligen muss." (dpa/AFX).

Die wegen **mutmaßlicher Anschlagspläne** auf einen **Weihnachtsmarkt in Niederbayern** festgenommenen Männer hatten wohl noch kein konkretes Ziel ausgesucht. "Pläne für einen Anschlag an einem bestimmten Tag oder an einem bestimmten Weihnachtsmarkt gibt es nach derzeitigem Ermittlungsstand nicht", sagt der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU). "Durch die Festnahmaktion in Niederbayern konnte eine konkrete Gefahr nach derzeitigem Stand bereits in einem sehr frühen Stadium unterbunden werden." Nach derzeitigem Stand gehe er nicht davon aus, dass der Anschlag unmittelbar bevorgestanden habe. Laut Generalstaatsanwaltschaft München gehen die Ermittler von einem islamistischen Motiv aus. Die Verdächtigen hätten es auf einen Weihnachtsmarkt im Raum Dingolfing abgesehen gehabt und wollten die Tat wohl mit einem Fahrzeug verüben. Bei den Männern handelt es sich den Ermittlern zufolge um einen 56-jährigen Ägypter, einen 37-jährigen Syrer und drei Marokkaner im Alter von 22, 28 und 30 Jahren. Der Ägypter, ein islamischer Prediger, soll nach derzeitigem Erkenntnisstand in einer Moschee im Raum Dingolfing-Landau zu einem Anschlag aufgerufen haben, "um möglichst viele Menschen zu töten oder zu verletzen", wie die Generalstaatsanwaltschaft erklärte (dpa/AFX).

Nach dem **Anschlag** auf ein **jüdisches Fest** im australischen **Sydney** haben die Ermittler die beiden Angreifer als Vater und Sohn identifiziert. Das teilte die Polizei bei einer Pressekonferenz mit. Der 50-jährige Vater war von Einsatzkräften am Tatort erschossen worden. Der 24-jährige Sohn wurde gefasst und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei geht nicht davon aus, dass am Tatort weitere Täter beteiligt waren. Nach Auffassung der Behörden richtete sich der Angriff gezielt gegen jüdische Menschen. Australiens Premierminister Anthony Albanese bezeichnete die Tat als "bösartigen Akt des Antisemitismus" und Terror. Die Zahl der Toten gibt die Polizei mittlerweile mit 16 an (dpa/AFX).

Angesichts des Kriegs in der Ukraine sowie wiederholten Luftraumverletzungen und Hackerangriffen in EU- und Nato-Staaten hat **Bundeskanzler** Friedrich Merz eindringlich vor dem **Vorgehen des russischen Präsidenten** Wladimir Putin gewarnt. "Putin hört nicht auf", sagte der CDU-Chef am Samstag auf dem CSU-Parteitag in München. "Und wenn die Ukraine fällt, dann hört er nicht auf." Merz sagte, es gehe Putin "um die grundlegende Veränderung der Grenzen in Europa" und um eine **Wiederherstellung der Sowjetunion ihren früheren Grenzen**. Dies gehe einher "mit einer massiven Gefährdung, auch militärischen Gefährdung der Länder, die früher einmal zu diesem Imperium dazugehört haben." Die Ex-Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen gehören sind ebenso Mitglieder von Nato und EU wie weitere Staaten des sowjetisch dominierten Warschauer Pakts, der sich 1991 aufgelöst hatte. Priorität in der Außen- und Sicherheitspolitik hätten deswegen weitere Hilfen für die Ukraine sowie die Einheit Europas in strategischer Zusammenarbeit mit dem früheren EU-Mitglied Großbritannien, sagte der Bundeskanzler. Außerdem gehe es darum, die von US-Präsident Donald Trump zunehmend infrage gestellte Nato "so lange wie möglich zu erhalten" (Reuters).

Die **EU** hat eine wichtige Grundlage für die **Nutzung von russischem Staatsvermögen** für die **Ukraine** geschaffen. 25 der 27 Mitgliedstaaten stimmten dafür, eine Rückübertragung von in der EU festgesetzten Mitteln nach Russland unbefristet zu verbieten. Dagegen votierten nur Ungarn und die Slowakei. Sie argumentieren unter anderem, dass das Vorgehen der EU die Bemühungen von US-Präsident Donald Trump für ein Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine torpedieren könnte (dpa/AFX).

Geht es nach der **deutschen Wirtschaft**, sollen **Ukraine-Hilfen** künftig stärker an **Aufträge für heimische Firmen** geknüpft werden. "Deutschland und die EU geben sehr viel Geld für die Ukraine, und dann gewinnen am Ende oft chinesische, indische und türkische Firmen die Ausschreibung, weil die nur nach dem Preis geht", sagte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses, Michael Harms, im Gespräch mit "Politico". "Wir würden als deutsche Wirtschaft an unseren Hilfen für den Wiederaufbau gern stärker partizipieren." Andere Länder seien hier cleverer. Die stärkere Lieferbindung der Hilfen ist eine Forderung an die Politik anlässlich des 8. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums in Berlin an diesem Montag. Es gehe auch um transparentere Ausschreibungen in der Ukraine. "Da beschweren sich viele

deutsche Firmen", berichtete Harms. Deutschland habe genug Einfluss, um in der Ukraine "entsprechend einzuwirken". Die Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine seien ein großer Erfolg. Die deutschen Exporte in die Ukraine seien bis Oktober 2025 "noch einmal um 14 Prozent gewachsen", sagte Harms. Dabei gehe es um mehr als Waffen. "Der Export wächst auch, wenn man ausschließlich zivile Güter betrachtet", betonte er (Reuters).

Frankreich fordert Nachbesserungen am Freihandelsabkommen zwischen EU und den lateinamerikanischen Mercosur-Staaten. "In seiner derzeitigen Form ist der Vertrag nicht akzeptabel", sagte Wirtschafts- und Finanzminister Roland Lescure am Sonntag dem *"Handelsblatt"*. Damit gelte es als fraglich, ob EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen wie geplant am kommenden Samstag zur Unterzeichnung des Abkommens nach Brasilien fliegen könne, schreibt die Zeitung. Lescure sagte, Frankreich habe noch drei Bedingungen. Erstens brauche es "eine starke und wirksame Schutzklausel". Zweitens müssten die Normen, die in der EU für die Produktion gelten, auch auf die Produktion in den Partnerländern angewendet werden. Drittens seien Importkontrollen nötig. "Solange wir keine Zusicherungen in diesen drei Punkten haben, wird Frankreich das Abkommen nicht akzeptieren", sagte der Minister.

Nach **Gesprächen mit einer US-Delegation in Berlin** hat der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj das Kanzleramt verlassen. Dies beobachtete ein Fotograf der *Deutschen Presse-Agentur* am Abend. Auch aus deutschen Regierungskreisen hieß es, Selenskyj habe nach etwa fünfeinhalb Stunden das Kanzleramt verlassen. Der Kommunikationsberater von Selenskyj, Dmytro Lytwyn, sagte der ukrainischen Nachrichtenagentur RBK-Ukrajina, die Gespräche würden am Montag fortgesetzt. **Kanzler** Friedrich Merz (CDU) habe die Regierungszentrale bereits etwas früher verlassen, hieß es aus deutschen Regierungskreisen weiter. Offen blieb zunächst, in welchem Format die Gespräche am Montag fortgesetzt werden. Es gehe weiterhin um die zentralen Fragen der von Russland geforderten Gebietsabtretungen, der Sicherheitsgarantien für Kiew und um die Frage der Verwendung der in der EU eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank, hieß es (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat den von seinem Land **angestrebten Nato-Beitritt aufgegeben**. Ersatzweise seien Sicherheitsgarantien der USA sowie europäischer und anderer Partner ein Kompromiss, erklärte Selenskyj am Sonntag in einem WhatsApp-Chat mit Journalisten. "Von Anfang an war es der Wunsch der Ukraine, der Nato beizutreten, denn das sind echte Sicherheitsgarantien." Doch "einige Partner aus den USA und Europa haben diesen Weg nicht unterstützt." Dies markiert eine bedeutende Wende für die Ukraine, die sich für einen Beitritt zu dem Verteidigungsbündnis zum Schutz vor russischen Angriffen eingesetzt und dieses Ziel in ihrer Verfassung verankert hat. Der **US-Sondergesandte** Steve Witkoff erklärte auf X, es seien "große Fortschritte" erzielt worden. Zu Beginn hatte Bundeskanzler Friedrich Merz Selenskyj und dessen Vertrauten Rustem Umjerow sowie die von US-Präsident Donald Trump entsandten Unterhändler Witkoff und Jared Kushner empfangen. Danach zog sich Merz zurück, während sein außenpolitischer Berater Günter Sautter in der Runde blieb, wie die Nachrichtenagentur *Reuters* aus Regierungskreisen erfuhr. **Bundesverteidigungsminister** Boris Pistorius äußerte Vorbehalte gegen den Geschäftsmann Witkoff und Trumps Schwiegersohn Kushner als US-Vertreter. "Es ist zumindest alles andere als eine ideale Aufstellung für eine solche Verhandlung", sagte Pistorius im *ZDF*. Doch "man kann nur mit den Menschen tanzen, die auf der Tanzfläche sind". Er begrüßte es sehr, dass beide nach Berlin gekommen seien: "Es ist erstmal ein gutes Zeichen." Pistorius äußert sich allerdings skeptisch, dass der russische Präsident Wladimir Putin auf Friedensvorschläge eingehe, statt den Krieg fortzusetzen: "Wir erleben das ja nicht zum ersten Mal. Deswegen wäre ich nicht überrascht, wenn es so ausginge. Hoffen tue ich auf ein anderes Ergebnis."

Der von der **Ukraine** angebotene **Verzicht auf einen Nato-Beitritt** dürfte den **Verlauf der Friedensgespräche** nach Einschätzung von US-Sicherheitsexperten **nicht wesentlich verändern**. "Das ändert an der Sache überhaupt nichts", sagte Justin Logan, Direktor für Verteidigungs- und Außenpolitikstudien am Cato Institute. "Es ist ein Versuch, vernünftig zu erscheinen." Eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine sei schon lange nicht mehr realistisch gewesen, erklärten Logan und Andrew Michta, Professor für strategische Studien an der University of Florida. Michta sagte, ein Nato-Beitritt der Ukraine sei derzeit ohnehin kein Thema (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj bezeichnet einen **Waffenstillstand mit Russland entlang der aktuellen Frontlinien** als eine **faire Option**. Die russische Forderung nach einem Abzug ukrainischer Truppen aus Teilen der östlichen Regionen Donezk und Luhansk sei hingegen unfair, bekräftigt Selenskyj auf Reporterfragen in einem WhatsApp-Chat. Die **territoriale Frage** sei weiterhin ungelöst und sehr heikel, fügt er hinzu. Russland hat gefordert, dass Kiew seine Truppen aus den Gebieten abzieht, die die Ukraine in den beiden Regionen noch hält.

Die **Niederlande** pochen angesichts der **Ukraine-Beratungen** in Berlin auf eine **Mitsprache Europas** bei den von den USA vorangetriebenen Friedensgesprächen mit Russland. Der niederländische Ministerpräsident Dick Schoof sagte der "Süddeutschen Zeitung", entscheidend sei, dass Nato und Europa "eng eingebunden sind und über Angelegenheiten entscheiden, die uns betreffen, wie Sicherheitsgarantien, Sanktionen und eingefrorene russische Vermögenswerte." Er betonte außerdem: "Keine Entscheidungen über die Ukraine ohne die Ukrainer." Schoof wird neben dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem britischen Premierminister Keir Starmer und weiteren Staats- und Regierungschefs am Montag in Berlin erwartet. Schoof sagte, es sei "eine ausgezeichnete Initiative, am Montag in Berlin mit vielen beteiligten Ländern und Parteien zusammenzukommen" (Reuters).

Die **Linke** dringt darauf, **China an den Beratungen über eine mögliche Waffenruhe in der Ukraine** zu beteiligen. "Dass man China außen vor lässt, ist ein strategischer Fehler, der den Krieg unnötig verlängert", sagt Parteichef Jan van Aken der "Rheinischen Post" laut Vorabbericht. "Es braucht jetzt endlich eine Idee, wie man den Kreml zu ernsthaften Verhandlungen bringt. Deshalb muss auch China ins Boot geholt werden, denn das würde den Druck auf Russland erhöhen." Entscheidend sei zudem, dass die Mehrheit der Menschen in der Ukraine hinter einem Friedensplan stehe. "Nur dann ist der Frieden auch nachhaltig. Dazu braucht es materielle Sicherheitsgarantien für die Ukraine." Dabei dürfe man nicht nur an Nato-Soldaten denken, "sondern an eine UN-Blauhelm-Mission, der auch chinesische Soldaten angehören. Russland würde nie auf chinesische Soldaten schießen, deshalb müssen auch chinesische Blauhelme den Frieden absichern."

Russland wirft **Nato-Generalsekretär** Mark Rutte wegen seiner Äußerungen über Kriegsvorbereitungen Verantwortungslosigkeit vor. Rutte zeige damit, dass er die Zerstörungskraft des Zweiten Weltkriegs nicht wirklich begreife, sagt Präsidialamtssprecher Dmitri Peskow dem staatlichen russischen Fernsehen. "Herr Rutte versteht mit solch unverantwortlichen Äußerungen einfach nicht, wovon er spricht." (Reuters).

Das **ukrainische Militär** hat nach eigenen Angaben **Anlagen der Ölindustrie** in **Russland** angegriffen. Die Raffinerie Afipsky in der Oblast Krasnodar und ein Öllager in der Oblast Wolgograd seien beschossen worden, teilt der Generalstab in Kiew mit. Ukrainische Truppen hätten zudem mehrere militärische Ziele in den von Russland besetzten Gebieten in den ukrainischen Regionen Donezk und Saporischschja sowie auf der bereits 2014 von Russland annexierten ukrainischen Halbinsel Krim angegriffen (Reuters).

Die **russischen Truppen** haben nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau eine weitere Ortschaft im Osten der Ukraine eingenommen. Das Dorf **Warwariwka** in der Region Saporischschja sei unter Kontrolle, teilt das Ministerium mit. Unabhängig überprüfen lassen sich solche Angaben zum Kampfgeschehen nicht (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat den früheren Fed-Gouverneur **Kevin Warsh** und den Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats, **Kevin Hassett**, als **mögliche Kandidaten für die künftige Führung der US-Notenbank Fed** genannt. "Ich denke, man hat Kevin und Kevin. Sie sind beide - ich denke, die beiden Kevins sind großartig", sagte der Präsident in einem am Freitag auszugsweise veröffentlichten Interview mit dem "Wall Street Journal". Trump sagte dem Blatt, der künftige Fed-Chef solle ihn bei Zinsentscheidungen konsultieren. "Normalerweise geschieht das nicht mehr. Früher war das Routine. So sollte es sein." Er - Trump - sei eine "kluge Stimme, auf die man hören sollte". Trumps Äußerung steht im Widerspruch zum seit Langem etablierten Grundsatz der Unabhängigkeit der US-Notenbank von der Politik (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat Zweifel daran geäußert, ob seine Republikaner bei den **Zwischenwahlen** im kommenden Jahr die Mehrheit im Repräsentantenhaus verteidigen können. Dies berichtete das "Wall Street Journal" am

Samstag unter Berufung auf ein Interview mit dem Präsidenten vom Freitag. Als Grund nannte Trump demnach, dass einige seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen noch nicht ihre volle Wirkung gezeigt hätten.

Die **USA** haben weitere **Sanktionen** gegen das autokratisch regierte **Belarus** aufgehoben. Die belarussische Nachrichtenagentur Belta zitierte den US-Gesandten John Coale nach zweitägigen Gesprächen mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko am Samstag mit den Worten, die USA würden die Beschränkungen gegen Kali aus Belarus aufheben, einem wichtigen Bestandteil von Düngemitteln. Die US-Botschaft in Litauen teilte kurz darauf mit, Lukaschenko habe 123 **Gefangene freigelassen**, darunter den Friedensnobelpreisträger Ales Bialiatski. Schon zuletzt hatte das mit Russland verbündete Belarus nach US-Konsultationen Gefangene freigelassen. Belta zufolge verwies Coale auch auf die **enge Beziehung** zwischen **Lukaschenko** und dem russischen Präsidenten **Wladimir Putin**. So könne Lukaschenko auf Putin einwirken, sagte Coale offenbar mit Bezug zum Thema Beendigung des Krieges in der Ukraine. "Sie sind langjährige Freunde und haben die nötige Beziehungsebene, um solche Themen zu besprechen." Dies sei ein Weg, um den Prozess zu erleichtern (Reuters).

Ein weiteres **ranghohes Mitglied** der palästinensischen Terrororganisation **Hamas** ist bei einem **Angriff im Gazastreifen** **getötet** worden. Ahmad Zamzam, Offizier in der internen Sicherheitsbehörde der Hamas, sei im Flüchtlingsviertel Al-Maghasi im zentralen Abschnitt des Küstengebiets getötet worden, teilte das von der Hamas kontrollierte Innenministerium in Gaza mit. Die Hamas machte israelische Agenten für den Angriff verantwortlich, eine Sprecherin der israelischen Armee sagte jedoch, der Vorfall sei dem Militär "nicht bekannt". Es war in Gaza zunächst spekuliert worden, Zamzam könnte auch von palästinensischen Angreifern getötet worden sein. Die Hamas bestätigte unterdessen den **Tod** des hochrangigen Hamas-Kommandeur **Raed Saad** am Samstag im Gazastreifen. Chalil al-Haja, höchstrangiger Hamas-Funktionär im Ausland, teilte dies in einer TV-Ansprache mit. **Israels Armee** hatte Saad nach eigenen Angaben am Samstag getötet (dpa/AFX).

Der rechtskonservative Hardliner **José Antonio Kast** hat die **Präsidenten-Stichwahl** in **Chile** gewonnen. Nach Auszählung von mehr als 95 Prozent der Stimmen kam er auf 58,30 Prozent. Seine linke Konkurrentin Jeannette Jara von der Kommunistischen Partei erhielt 41,70 Prozent und räumte am Sonntag (Ortszeit) ihre Niederlage ein. Das Land steht damit vor der tiefgreifendsten politischen Wende seit dem Ende der Militärdiktatur von Augusto Pinochet im März 1990. Umfragen zufolge wünschten sich die Wähler angesichts der Sorgen über Kriminalität und Migration vor allem mehr Sicherheit. Kast hat zugesagt, das Militär in Vierteln mit hoher Kriminalitätsrate einzusetzen sowie Grenzmauern und -gräben zu errichten (Reuters).

Thailand und **Kambodscha** haben sich nach den Worten von **US-Präsident** Donald Trump zur **Einstellung der Kämpfe** bereiterklärt. Trump sagte, er habe mit Kambodschas Ministerpräsidenten Hun Manet und Thailands Ministerpräsidenten Anutin Charnvirakul telefoniert, sie hätten sich darauf gereinigt, alle Kampfhandlungen "ab heute Abend einzustellen", schrieb Trump auf seiner Plattform Truth Social. Unklar blieb, auf welche Zeitzone er sich bezog. In der Region war es zum Zeitpunkt des Posts bereits Nacht. Die beiden Länder selbst bestätigten die Einigung zunächst nicht (dpa/AFX).

Automobile / Zulieferer

FDP-Chef Christian Dürr hat eine komplette Rücknahme des sogenannten **Verbrenner-Aus** gefordert. "Was Frau von der Leyen jetzt als angebliche Abkehr vom Aus für den Verbrennungsmotor verkaufen will, ist nichts weiter als ein dreister Täuschungsversuch", sagte Dürr den Zeitungen der *Funke Mediengruppe*. Eine "winzige Lockerung" reiche bei Weitem nicht aus, um die Zukunft der Autoindustrie zu sichern.

Die **absehbare Abkehr vom europäischen Verbrenner-Aus** 2035 sorgt für heftige **Kritik unter Ökonomen**. Es löse weder die aktuellen Probleme der Hersteller noch sichere es Industrie-Jobs in Deutschland, wenn nun doch noch länger Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren neu zugelassen werden, sagte etwa die Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, die Münchner Volkswirtin Monika Schnitzer, der *Süddeutschen Zeitung* laut Vorabbericht. "Würde man diese Arbeitsplätze retten, wenn man das Verbrenner-Aus jetzt verschiebt? Ich fürchte, das Gegenteil ist der Fall." Auch die Ökonomen

Thomas Puls vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Sebastian Dullien vom gewerkschaftsnahen IMK und Anita Wölfel vom Münchener Ifo-Institut äußerten sich skeptisch.

Banken

Commerzbank-Chefin Bettina Orlopp hält eine Übernahme ihres Instituts durch die italienische Großbank **Unicredit** derzeit für wenig wahrscheinlich. "Eine Transaktion ist kein Selbstzweck, sie muss für Aktionäre, Kunden und Mitarbeitende Sinn ergeben und Wert schaffen. Das sehen wir auf dem aktuellen Bewertungsniveau nicht", sagte Orlopp der *"Welt am Sonntag"*.

Einzelhandel

Die Mehrheit der **Einzelhändler in Deutschland** ist nicht glücklich mit dem bisherigen Verlauf des **Weihnachtsgeschäfts**. Nur 18 Prozent zeigten sich zufrieden, wie aus einer am Sonntag veröffentlichten Umfrage des Handelsverbandes Deutschland (HDE) unter 300 Unternehmen hervorgeht. 68 Prozent sind dagegen unzufrieden. "Dem Weihnachtsgeschäft fehlt es noch immer an Schwung", sagte HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. "Umsätze und Kundenfrequenzen sind bislang hinter den Erwartungen der Händlerinnen und Händler zurückgeblieben." (Reuters).



privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

